



Zusammenfassung der Abfrage zu Trägerwohn- raum in der psychiatri- schen, ambulanten Pflichtversorgung im Bezirk Mitte von Berlin

April 2018

Bezirksamt Mitte von Berlin
OE QPK
Psychiatriekoordination
Koziolk, Carsten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 3
1. Ausgangspunkt	Seite 4
2. Aktuelle Erhebung	Seite 5
2.1. Fragen	Seite 5
3. Ergebnisse der Erhebung	Seite 6
3.1. Platzzahrentwicklung im Entgeltbereich 2006-2018 Im Bezirk Mitte	Seite 6
3.2. Rückmeldungen der Träger zu den Erfahrungen und Strategien der Träger beim Zugang zum Wohn- und Gewerbemietmarkt	Seite 7-11
4. Resümee	Seite 12

Impressum

Bezirksamt Mitte von Berlin

OE QPK Psychiatriekoordination

Mail: carsten.koziolk@ba-mitte.berlin.de

Tel. : 030-9018-43036

Vorwort

Die Sicherstellung einer gemeindenahen, bezirklichen Pflichtversorgung wird durch die aktuelle Wohnungsmarktsituation vor große Herausforderungen gestellt.

Diese Befragung gibt einen differenzierten Überblick der ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgungslandschaft im Bezirk Mitte insbesondere im Hinblick auf die fehlenden Kapazitäten an Wohnraum für sozial benachteiligte und seelisch behinderte Menschen.

Erstmals werden damit Trägerwohnraumplätze und deren Verortung im Wohnungsmarkt von Berlin Mitte transparent erfasst und gleichzeitig Grenzen der Entwicklung von Betreuungskapazitäten und Zugangsbarrieren beschrieben.

1. Ausgangspunkt

In den Jahren 2015 und 2016 erfolgte durch die PSAG Mitte eine **Umfrage zu Trägerwohnkapazitäten im Bezirk Mitte**.

Hierbei wurde auf die angespannte Situation des Berliner Wohnungsmarkts hingewiesen.

Ein weiterer Anlass für die Umfragen war zudem die Kündigung von Trägerwohnraum bei einem in Mitte ansässigen Träger, der letztendlich nicht abgewendet werden konnte. Der Träger hat sein Angebot mittlerweile in einem Nachbarbezirk etabliert. Die Ausgangsfeststellungen und daraus abgeleitete Kernforderungen der PSAG Mitte sind hier noch einmal aufgeführt:

*Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt hat sich seit Jahren zugespitzt, für Menschen mit Transferleistungen ist kaum noch bezahlbarer Wohnraum vorhanden. Damit ist auch der gesellschaftliche Auftrag, eine gemeindenahe Versorgung für Bürger*innen sicherzustellen, gefährdet und zukünftig nicht mehr zu gewährleisten.*

Ein wichtiger Bestandteil der psychosozialen Versorgung sind die Trägerwohnungen, die – auch im Interesse des Bezirkes – für Menschen mit Eingliederungshilfebedarf von den Trägern vorgehalten werden.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, folgende Lösungsansätze mit sozialen Trägern zu diskutieren:

- Überlassung von Grundstücken außerhalb des Ausschreibungshöchstgebotes
- Referenzen des Bezirkes für Träger gegenüber Vermietern
- Ausbau des sozialen Marktsegmentes
- Subventionierung des Wohnraums für soziale Träger
- Anmietung von WBS-Wohnraum als Nutzungswohnungen durch soziale Träger
- Keine Anwendung von Gewerbemietrecht auf Trägerwohnungen

2. Aktuelle Erhebung

Die von der PSAG erhobenen Daten und die 2016 vom Paritätischen Wohlfahrtsverband veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage zu Trägerwohnraum ließen leider keinen differenzier-ten Überblick zu den tatsächlich vorhandenen Trägerwohnungen/Gewerberäumen in Mitte zu.

Im Zuge der sich drastisch abzeichnenden Grenzen des innerstädtischen Wohnungs- und Gewerbemietmarktes und gleichzeitig einer stetig steigenden Nachfrage an „betreutem“ Wohnraum für das Klientel der sozialpsychiatrischen Pflichtversorgung richtet sich die aktuelle Erhebung an die ambulanten Pflichtversorger der Psychiatrie im Bereich Wohnen-und Tagesstruktur.

Dies geschah vor dem Hintergrund, dass von 458 im Steuerungsgremium Psychiatrie/Sucht Mitte vorgestellten Klienten nur noch 47 % eine eigene Wohnung hatten und der Anteil der Wohnungslosen, die vor Steuerung bereits in ASOG-Unterkünften leben oder in Maßnahmen nach § 67 SGB XII betreut werden signifikant steigt.

2.1. Fragen

Folgende Fragen waren Gegenstand der Erhebung:

Wie viele Trägerwohnungen halten Sie im Bezirk Mitte für die ambulante psychiatrische Pflichtversorgung vor?

Davon im Mietsverhältnis in %:

Davon im Eigentum des Trägers %:

Anteil in % bei kommunalen Wohnungsgesellschaften:

Anteil in % bei privaten Vermietern:

Anzahl der wohnraumbezogenen Betreuungsplätze im entgeltfinanzierten Bereich

Ihr Zugang zum Wohnungs/Gewerbemietmarkt → bitte beschreiben Sie kurz in Stichpunkten die Erfahrungen und Strategien Ihres Trägers vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und im Hinblick auf die Sicherung einer gemeindenahen, bezirklichen Pflichtversorgung.

Die erhobenen Daten wurden transparent aufbereitet und lassen keinen Rückschluss mehr auf den jeweiligen Träger zu.

Angesprochen wurden alle 23 Anbieter, die im Bezirk Mitte Plätze im entgeltfinanzierten Bereich der ambulanten psychiatrischen Versorgung vorhalten.

So lassen sich einerseits die hohe Integrationsleistung und Verantwortung der Trägerland-schaft im Bezirk Berlin Mitte und gleichzeitig der dringliche Bedarf von Menschen mit einer seelischen Behinderung an gesichertem Zugang zum Wohnungsmarkt darstellen.

3. Ergebnisse der Erhebung

Die Rücklaufquote der angefragten Leistungsanbieter betrug 100%.

In Bezug auf die Gesamtanzahl der vereinbarten 1200 Plätze in den Bereichen Wohnen und Tagesstruktur sind **rund 525,5 Plätze, also 44 % mit Wohnraum bzw. Raum für Tagesstätten- Angebote hinterlegt.**

Von den **23 Anbietern** im Bezirk stellen **5 Träger keinen Wohnraum** zur Verfügung. Die Träger der ambulanten psychiatrischen Pflichtversorgung halten im Bezirk Mitte insgesamt **277 Trägerwohnungen, davon rund 84 % im Mietverhältnis** vor.

Damit werden sowohl klassische Einzelwohnkontexte aber auch gemeinschaftliche Wohnformen wie Therapeutische Wohngemeinschaften, Appartementwohnen, intensiv betreute Wohngemeinschaften und die im Bezirk vorgehaltenen stationären Wohnplätze der beiden Übergangwohnheime und der Wohnstätte am Schillerpark erfasst.

Zudem fließen die Betreuungskapazitäten der vier Tagesstätten des KBS e.V. und die vom Träger KBS e.V. angemieteten Wohnungen der Geschäftsstelle des Vereins mit ein.

Die Wohnungen sind überwiegend bei privaten Vermietern angemietet.

Der Anteil bei kommunalen Vermietern liegt bei rund 20 %.

15 % der Wohnungen befinden sich im Eigentum der Träger

Tab.1 Ergebnisübersicht der Erhebung

	Anzahl der Trägerwohnungen im Bezirk	davon im Mietverhältnis	davon im Eigentum des Trägers	Anteil bei kommunalen Vermietern	Anteil bei privaten Vermietern	Anzahl der wohnraumbezogenen Betreuungsplätze
Summe	277	234	41	54	195	525,5
Anteil in % gerundet		85%	15%	20%	80%	44%
						in Bezug auf 1200 vereinbarte Plätze Entgelt

3.1. Platzzahalentwicklung im Entgeltbereich 2006-2018 im Bezirk Mitte

Im Psychriebudget wurden 2006 für den Bezirk Mitte 443 Plätze zu Grunde gelegt.

Diese Platzzahl entsprach auch der Anzahl in den Vorjahren.

Von 2006 – 2018 hat sich die Anzahl der Plätze in den Bereichen Wohnen und Tagesstruktur für seelisch behinderte Erwachsene Menschen nahezu verdreifacht.

Nach Aufgabe des Budgetkontrollprogramms erweiterten sowohl die etablierten Träger der sozialpsychiatrischen Enthospitalisierungsbewegung als auch neu hinzukommende Träger das Angebot. Dabei zeichnete sich ab, dass insbesondere wohnungsgebundene Betreuungsangebote schnell belegt werden.

3.2. Rückmeldungen zu den Erfahrungen und Strategien der Träger beim Zugang zum Wohn- und Gewerbemietmarkt

Folgende Fragestellung bildete den Ausgangspunkt:

Ihr Zugang zum Wohnungs/Gewerbemietmarkt → bitte beschreiben Sie kurz in Stichpunkten die Erfahrungen und Strategien Ihres Trägers vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und im Hinblick auf die Sicherung einer gemeindenahen, bezirklichen Pflichtversorgung.

Die Träger waren ehemals und insbesondere in den zurückliegenden 12 Jahren auf einen angemessenen frei verfügbaren Wohnungsbestand angewiesen. Wie die vorliegende Erhebung zeigt, fanden die Träger diesen zumeist bei privaten Vermietern.

Im historischen Rückblick berichtete ein Träger aus den Anfängen der Enthospitalisierung:

- *Wir bezogen damals Abrisshäuser, die dann aber nie abgerissen und später verkauft und saniert wurden. Unsere Mietverträge sind also recht alt... in Häusern, wo wir bereits Wohnungen haben, erhielten wir immer recht leicht weitere Wohnungen, da man uns kannte.*

Die Rückmeldungen der Träger zur aktuellen Situation zeigen deutlich die Grenzen des Berliner Wohnungsmarktes auf. So haben im Jahr 2017 lediglich drei Träger neuen Wohnraum für die Zielgruppe geschaffen. Dies geschah durch den käuflichen Erwerb von 3 Eigentumswohnungen zur Nutzung als Appartements und die Anmietung von zwei Wohnungen zur Nutzung als TWG mit insgesamt 10 Plätzen.

Andere Träger berichten Folgendes und werden im Original wiedergegeben:

- *Wir verhalten uns als Mieter eher unterwürfig, Reklamierung von Mängeln führte schon zu Kündigung von Wohnraum. Unfreundliches Verhalten der Vermieter wird daher akzeptiert. Sämtliche Reparaturen und Instandhaltungen werden vom Träger bezahlt. Mieterhöhungen überschreiten den maximalen Wert der KDU. Wohnungen / Appartements sind zum größten Teil nicht mehr ausfinanziert. Der Träger versucht eine Stelle für Wohnraumakquise/ Wohnraumverwaltung zu schaffen! Wohnungsbau-gesellschaften werden von den Projekten/ Zentrale kontaktiert. „Bewerbungsmappe des Trägers / Projektes“ für Wohnungsbewerbungen*
- *Grundsätzlich ist der Markt sehr eng und schwierig geworden. Außerdem stehen gemeindepsychiatrische Projekte nicht gerade auf der Wunschliste von potentiellen Vermietern (was schon immer so war ...). Nutzung vorhandener Kontakte zu privaten Vermietern und kommunalen wie anderen Wohnungsgesellschaften (mit gelegentlichem Erfolg) 2. Zeitungsannoncen und online-Portale (mit geringem Erfolg) 3. Maklerkontakte (bislang völlig unbefriedigend) 4. Nachbarschaftliche Kontakte im Kiez (aktuell mit Aussichten)*

- *Neuen Wohnraum für unsere Klient*innen anzumieten ist derzeit so gut wie gar nicht möglich. Vermieter lehnen auch uns als Sozialen Träger als potentiellen Mieter ab. Wir versuchen den Bestand zu erhalten und unsere Klient*innen in anderen Wohnraum bzw. weiterführende Hilfen zu vermitteln. Es ist eine Sisyphusarbeit.*
- *Unsere Erfahrung ist leider die, dass Menschen ohne eigenes Erwerbseinkommen eigentlich keine Chancen haben, auf dem freien Wohnungsmarkt in Berlin Mitte eine Wohnung zu ergattern. Ich selbst habe mit zwei Betreuten Wohnraum aus einem Obdach bzw. Wohnungslosigkeit heraus gesucht, beide ALG2-Empfänger. Einer der beiden hat eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt in Marzahn gefunden, der andere ebenfalls auf dem freien Wohnungsmarkt in Neukölln. Mitte war aussichtslos. Beide hatten trotz Schulden keine Schufaeinträge und daher einen kleinen Vorteil. Einfacher ist es hingegen, ältere Menschen mit geringem Einkommen in Wohnraum zu vermitteln. Dies gelang uns einige Male über die beiden Seniorenwohnanlagen (ich meine, die Lange-Schucke-Stiftung und eine andere) in der Reinickendorfer Straße. Wir als Projekt haben keinen besonderen „heißen Draht“ zu möglichen Vermietern.*
- *Die Entwicklung bei den Trägerwohnungen ist negativ. In 2016 wurden dem Standort 5 und in 2017 4 Wohnungen gekündigt. Die Hausverwaltungen wollten die aktuellen marktüblichen Mieten haben und gingen von kurzfristig zu kündigenden Gewerbetmietverträgen aus. Der Träger hat (auch Standortsicht) leider nicht dagegen geklagt. Im gleichen Zeitraum wurden zwei Wohnungen angemietet. Bei Belegung von Wohnungen schauen wir mittlerweile genauer, welche Person in welche Wohnung ziehen soll.
Mietwohnungen wurden bisher über den uns bekannten Vermieter akquiriert. Eigentum wurde über einen Makler akquiriert. Aufgrund steigender Mieten sind wir auch weiterhin daran interessiert im Bezirk Mitte Wohnraum für unsere Klienten zu schaffen. Gerne auch in Kooperation mit anderen sozialen Trägern.*
- *Der Träger hält bisher keinen trägereigenen Wohnraum im Bezirk Mitte vor. Bezahlbare Wohnungen für unsere Klientel sind auch im Bezirk Mitte kaum zu finden. Wir sind weithin bemüht geeigneten Wohnraum (Apartment Wohnen im Rahmen von BEW oder kleinere Therapeutische Wohngemeinschaften) für den Träger anzumieten.*
- *Die Wohnungssuche mit den Klientinnen gestaltet sich äußerst schwierig, - aufgrund des Migrationshintergrundes, Wohnungsmangel, Schufa Einträge usw. Aktuell betreuen wir einen Klienten, der keine Wohnung besitzt und mal hier mal da schläft. Mit der Geschäftsleitung wurde immer wieder darüber diskutiert Wohnraum für das Projekt anzumieten, um Trägerwohnungen zu schaffen, die Suche hatte bisher kein Erfolg.*

- *Gute Erfahrungen mit einem unserer Vermieter; bietet uns leerstehenden Wohnraum zuerst an. Suche von Wohnraum gestaltet sich schwierig. Zusammenhängende Wohnungen werden kaum angeboten. Spekulationen auf Immobilien im Innenstadtbereich scheinen extrem zugenommen zu haben.*
- *Aufwendige Akquise, Vorstellung des Trägers bei Wohnungsbaugesellschaften. Es werden Kooperationen mit Wohnungswirtschaftlichen Unternehmen und priv. Vermietern angestrebt; Kooperation mit anderen Trägern; Prüfen von Möglichkeiten der Umnutzung gewerblicher Räume zu Wohnungen*
- *Wir planen, Vermieter für Vereinbarungen über komplexere Leistungen zu gewinnen, die geordnete gegenseitige Ansprechbarkeit, technische Hilfestellung, Beratungsdienste und ggf. auch individuelle Mietvereinbarungen im Rahmen von Gewerbemietrecht beinhalten können. Um außerdem den sich tendenziell eher verringern den Wohnungsbestand zu halten, müssen die Maßgaben der AV Wohnen voll ausgeschöpft werden. Bei der Anpassung der Kosten an die AV Wohnen gab es insbesondere bei laufenden Nutzungsverträgen im Bezirk Mitte allerdings erhebliche Schwierigkeiten, so dass wir trägerseits eine Unterdeckung der Mieten zu bewältigen haben/hatten. Schließlich prüfen wir den Erwerb von Wohnraum als Option, und auch die Beteiligung an gemeinschaftlichen Neubauvorhaben ist nicht ausgeschlossen.*
- *Die Erfahrung zeigt, dass sowohl wir als Träger (vor allem auch bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften) als auch die von uns betreuten psychisch erkrankten jungen Erwachsenen schlechte Karten auf dem Wohnungsmarkt haben. Besser wird es für die Klienten, die im Laufe unserer Betreuung "funktionstüchtiger" werden (Auszubildende, Studenten, Berufstätige) also Ihren Status als Mietinteressent verbessern. Strategien: WBS, geschütztes Marktsegment, Internetrecherchen, Wohnungsbesichtigungen mit Klienten, Mitglied von Wohnungsbaugenossenschaften, Referenzen von unseren bisherigen Vermietern. Zusammenarbeit mit Stattdbau. Sozialpolitische Anstrengungen, dass sich Politiker bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften, bei Grundstücksverkäufen an Bauträger für die Belange und Bedarfe auch für unsere Klienten einsetzen.*
- *Bei der Konzeptionierung und Planung von Neubauvorhaben sind wir aktuell vollständig auf Kontakte zu privaten Eigentümern angewiesen. Angebote von städtischen Wohnungsbaugesellschaften liegen uns keine vor. Bei den geplanten Bauvorhaben stellt sich unser Bedarf (große Zahl von kleinen Wohnungen) als Hindernis bei den Genehmigungsbehörden dar. Dies ist ein ernsthaftes Problem, da größere Wohnungen nicht bezahlbar sind (die AV-Wohnen überschreiten), bzw. sich dann mehrere Mieter eine Wohnung teilen müssen. Das hat sich in der Vergangenheit immer wieder als Problem erwiesen. Wir sind daher auf der Suche nach Investoren und Grundstücken, auf denen man geeignete Projekte entwickeln kann.*

- *Wir haben große Schwierigkeiten, Wohnraum für TWG's aber auch Trägerwohnungen zu akquirieren. Die aufgerufenen Qm-Preise überschreiten in der Regel den Wert den wir gemäß AV-Wohnen zahlen können. Dies betrifft in besonderem Maße kleine Objekte, die wir für Trägerwohnungen nutzen könnten. Selbst bei landeseigenen Wohnungsbaunternehmen kommen wir in der Regel nicht in die engere Wahl. Im Falle der Gewobag haben wir z.B. nach 8 Jahren Betreuungsarbeit (BEW) eine Klientin in einen anderen Bezirk vermittelt, die sich gut stabilisiert hatte und umziehen wollte. Wir haben der Gewobag unser großes Interesse an der Weiteranmietung der Wohnung in einem Telefonat übermittelt und auch für die Vorteile der Zusammenarbeit mit einem zuverlässigen Träger geworben. Dies wurde mit dem Hinweis: „ Wir vermieten nicht an Träger“ beantwortet. Auch andere landeseigene Wohnungsbaunternehmen kommen uns mit unserer besonderen Klientel kaum entgegen. Zudem werden in der Regel die Möglichkeiten von Gewerbemietverträgen (Staffelmiete, hohe Kaution etc.) voll ausgenutzt und mit dem Mietpreis wird bis an die Grenzen der AV-Wohnen nebst Ausnahmeregelungen gegangen. Strategien des Trägers bzw. des Fachbereichs: Wir beschäftigen uns seit ca. 1,5 Jahren intensiver mit der Thematik und haben eine Arbeitsgruppe Wohnen gegründet, die sich intensiv mit Rahmenbedingungen, aber auch konkret mit der Akquise von Einzelobjekten in unseren Regionen beschäftigt.*
- *Wir halten Kontakt zu den Stiftungen und können Klienten Ü 50 Jahren vermitteln. Vermittlungen in Altenpflegeheime Ü 60 Jahre-Klienten, die in eigener Wohnung leben geben uns Rückmeldung, wenn eine Wohnung im Haus frei werden. Der Träger ist im Mailverteiler von Wohnungsbörsen; M- Schein über das Amt; Kontakt zu Hausverwaltungen halten. Bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gibt es keine Wartelisten, dort müssen die Klienten immer wieder vorsprechen. Die Aussicht auf Vermittlung ist sehr gering, dies wird auch so gesagt. Bei privaten Vermietern wird die Mietobergrenze oftmals überschritten, so dass es vom BA Mitte keine Kostenübernahme gibt. Dem Träger wurden im Jahr 2016 zwei angemietete Wohnungen gekündigt.*
- *Mietvertrag für TWG war befristet. TWG zum 30.04.18 aufgegeben. Auf intensiver aber erfolgloser Suche nach neuem Wohnraum seit Sommer 2017. Anfragen bei privaten und öffentlichen Vermietern. Genaues Verfolgen der einschlägigen Wohnungsangebotsseiten im Internet, schnelle Reaktion auf Angebote, dabei immer schnelle Absagen oder ausbleibende Reaktion. Ablehnung durch Vermieter wegen der Zielgruppe psychisch beeinträchtigter Menschen und Migranten Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche der Klientinnen, die im BEW betreut werden:*

 - *Ablehnung wegen mangelnder Sprachkenntnisse*
 - *Ablehnung wegen des Migrationshintergrundes (meist wird das nicht offen kommuniziert und bleibt Gefühl), Deutsche Wohnen aber hat das explizit auch geäußert*
 - *Vermieter lehnen z.T. JC-Leistungsempfänger ab*
 - *Klientinnen werden abgelehnt, da auf freiem Markt keine Wohnungen an Geflüchtete vergeben werden, da es bereits Kooperationen mit Heimen, LAF gibt (z.B. Degewo Köpenick)*

- *Menschen, die sozialpädagogische Unterstützung erhalten, werden nachrangig behandelt (Klientinnen können Besichtigung aber noch nicht ohne Unterstützung bestreiten)*
- *Insbesondere Mangel an 4-5 Zimmer-Wohnungen*
- *Vermieter erlauben z.T. nur 4 Personen auf 4 Zimmer, Jobcenter finanziert aber nicht den Preis, den Berliner 5-Raum-Wohnungen haben (Stand vor der neuen AV- Wohnen)*
- *Klienten haben keine Ressourcen Wohnung selbst zu finanzieren*

4. Resümee

Die vorliegenden Ergebnisse zeichnen ein konkretes Abbild der aktuellen Situation der sozialpsychiatrischen Pflichtversorger im Bezirk Mitte.

Ohne angemessenen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum wird der Bezirk aktuell und auch in naher Zukunft vor große Herausforderungen gestellt.

Betroffenen, denen bisher, wenn auch temporär, eine hinreichende Wohnperspektive im Bezirk, gekoppelt an Betreuungsangebote der Eingliederungshilfe geboten werden konnte, finden keinen Zugang mehr zum Mietwohnmarkt in Berlin Mitte.

Zudem kommen monatlich bis zu 20 neue, potentiell Bedürftige im Rahmen der Steuerungsgremien Psychiatrie/Sucht dazu.

Da auch die Träger keinen gesicherten Zugang mehr zum Mietwohnmarkt haben, ist die Anmietung von neuen Trägerwohnungen nur noch in einem sehr überschaubaren und keinesfalls ausreichenden Rahmen möglich.

Der zunehmende Verdrängungsdruck trifft insbesondere Menschen, die auf soziale Transferleistungen angewiesen sind und vor allem auch die Menschen, die zur Kernklientel der sozialpsychiatrischen Angebote im Bezirk gehören.

Wie unter diesen Umständen eine bezirkliche Pflichtversorgung und gemeindenaher ambulante Psychiatrie im Bezirk Mitte umgesetzt werden kann, ist m.E. eine zentrale Frage, der sich der Bezirk in Kooperation mit den anderen Berliner Bezirken, den Akteuren der Leistungsanbieter und dem Land Berlin stellen muss.

Diese Erhebung versteht sich als Impulsgeber für einen interdisziplinären und strukturübergreifenden Dialog und kann bei Bedarf gern an Interessierte weitergeleitet werden.

Mein Dank gilt allen Akteuren und Leistungsanbietern aus dem Bezirk Mitte für die umfassende Zuarbeit.

Carsten Koziolk
Psychiatriekoordinator Berlin Mitte